
2568/J-BR/2007

Eingelangt am 30.08.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Dr. Franz Eduard Kühnel
und Kollegen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend aufklärungsbedürftige Aussagen des Landesverteidigungsministers

In einem Interview mit der Tageszeitung Die „Presse“ beantwortet Verteidigungsminister Darabos die Frage nach seiner Haltung hinsichtlich des Projekts der USA, einen Raketenschutzschirm über Europa zuspinnen wie folgt: „Ich persönlich halte den Weg, den die USA hier einschlagen, für falsch. Es hat keinen Sinn, ein Raketenabwehrsystem in Europa aufzubauen. Dadurch werden nur unnötig alte Debatten des Kalten Krieges wieder angefacht.“

Die Vereinigten Staaten kritisierten umgehend und waren über diese Aussagen des Bundesministers nicht sehr erfreut: „Solche Kommentare sind nicht sehr hilfreich. Wir haben mit einem neuen strategischen Umfeld zu tun, das ein Denken jenseits des kalten Krieges erfordert“, sagte ein Sprecher der US-Regierung.

Die oben zitierten Äußerungen wurden auch vom tschechischen Außenminister Karl Schwarzenberg kritisiert. Dies angesichts der Tatsache, dass in Tschechien ein Teil der amerikanischen Raketenabwehr stationiert werden soll.

Schwarzenberg: „Herr Darabos ist ein Mensch mit ausgesprochen pazifistischer Ausrichtung, was bestimmt lobenswert, allerdings beim Verteidigungsminister sonderbar ist.“

Der Wehrsprecher der Österreichischen Volkspartei, Walter Murauer, forderte daraufhin BM Darabos auf, dass „gefährliche Dilettieren“ einzustellen, ein Vertreter eines neutralen Landes habe schließlich nicht die Aufgabe, „der NATO Ratschläge“ zu erteilen; auch Außenministerin Plassnik hielt fest, dass niemand in Prag oder Warschau ungebetene Vorschläge aus Wien brauche.

Die unnötige Äußerung des Landesverteidigungsministers in Bezug auf die Rüstungsprojekte befreundeter Staaten erscheinen insofern wenig verständlich, als der Verteidigungsminister keinerlei Äußerung zu diesbezüglichen Projekten Russlands abgegeben hat:

- o Russland kündigte - rechtlich die an sich nicht vorgesehene - Aussetzung des KSE-Vertrages aus dem Jahre 1990 an; dies bedeutet einen weiten Akt der Aushöhlung der vertraglich geregelten Rüstungskontrolle.
- o In Russland wird darüber hinaus bereits auch über eine mögliche Kündigung des INF-Vertrages aus dem Jahre 1987 nachgedacht. Dieser Vertrag hatte damals die völlige Vernichtung der nuklearbestückten Kurz- und Mittelstreckenraketen festgelegt.
- o Putin hat seinen Langstreckenbomben erst seit kurzem erneut Startbefehl erteilt.

Aufgrund der einseitigen Kommentierung des Verteidigungsministers des neutralen Österreichs stellen die unterfertigten Bundesräte an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

Anfrage:

1. Was hat Sie - als Verteidigungsminister eines verfassungsrechtlich immerwährenden neutralen Landes - dazu bewogen, Militärstrategien und Militärprojekte der NATO einseitig zu kritisieren?
2. Warum haben Sie ähnliche militärstrategische Entscheidungen Russlands wie
 - o Aussetzung des KSE-Vertrages,
 - o angedachte Kündigung des INF-Vertrages sowie
 - o den neu angeordneten Einsatz von Langstreckenbomben in der ganzen Welt nicht ebenso kritisch beurteilt?
3. Glauben Sie, dass Ihre einseitige Betrachtungsweise der Rüstungsüberlegungen der NATO und der USA im Gegensatz zu denjenigen Russlands sich als sinnvoll und geboten für einen Verteidigungsminister eines verfassungsgesetzlich immerwährenden neutralen Landes erweisen kann.